

Herausforderungen der Friedensbewegung durch die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen

Kommentar von Prof. Dr. Christoph Butterwegge für die Veranstaltung in Krefeld am 25. Oktober 2025

Da ich mich heute zum ersten Mal seit über 40 Jahren wieder intensiv mit der Friedenssicherung beschäftige – in den frühen 1980er-Jahren war das ein Teil meiner Funktion als Sprecher des Bremer Friedensforums –, schildere ich zuerst, was mich damals zu diesem Engagement veranlasst hat. Die autobiografischen Reminiszenzen verbinde ich mit kritischen Reflexionen bezüglich aktueller und künftiger Entwicklungen: Krisen, Kriege und Feindbild(re)konstruktionen liefern dafür ja genug Stoff. So wird hoffentlich nachvollziehbar, warum mich das Thema erneut beschäftigt.

Wiedereinführung der Wehrpflicht als Voraussetzung für die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands?

1970 verweigerte ich den Kriegsdienst und bekam von den Mitgliedern des „Prüfungsausschusses“ beim Kreiswehrrersatzamt die üblichen Fangfragen gestellt – ob ich nicht schießen würde, wenn Männer meine Freundin nachts im Park zu vergewaltigen suchten und mir zufällig eine Pistole in die Hände fiel. Als ob individuelle Nothilfe oder Notwehr mit organisiertem Töten durch eine im Krieg befindliche Armee vergleichbar wäre! Man lehnte mich als politisch denkenden Jungsozialisten und überzeugten Antimilitaristen mit der Begründung ab, „logische Argumente“ vorgetragen, aber keine „Gewissensgründe“ zu haben und „nicht im tiefsten Inneren“ betroffen zu sein: „Insbesondere glaubte der Prüfungsausschuß nicht feststellen zu können, daß der Antragsteller sein Dasein nicht mehr bewältigen könnte, wenn er aufgrund des Wehrpflichtrechts gezwungen werden würde, im Falle eines Verteidigungskrieges andere töten zu müssen.“ Tatsächlich bin ich vor dem anwesenden Regierungsrat sowie einem Stadtamtmann und zwei Angestellten als Beisitzern nicht in Tränen ausgebrochen, habe aber gegen deren Ablehnungsbescheid fristgerecht Widerspruch eingelegt und glücklicherweise nie wieder etwas von der Angelegenheit gehört. Klar war, dass sich aus mir kein braver und halbwegs brauchbarer Soldat machen ließ.

Falls die ab 1983 gültige Regelung, die sich auf eine schriftliche Begründung der Gewissensentscheidung beschränkte, auf dem Weg zur „Kriegstüchtigkeit“ (Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius) suspendiert wird, müssen sich zahlreiche junge Deutsche in Zukunft erneut mit solchen Verfahren, Fangfragen und Spitzfindigkeiten herumschlagen. Möglicherweise wird das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung im Spannungs- oder Verteidigungsfall aber noch weiter ausgehöhlt.

Schon jetzt lässt die Salamitaktik der CDU/CSU/SPD-Regierung erkennen, dass entweder sie oder ihre Nachfolgerin die Wehrpflicht wiederbeleben dürfte, um der von ihr beschworenen „russischen Gefahr“ zu

begegnen. Vermutlich wird es auch nicht das Kreiswehrrersatzamt, sondern – viel moderner – das örtliche „Karrierecenter“ der Bundeswehr sein, das zur Musterung aufruft.

Meine 17-jährige Tochter bekommt bereits jetzt olivgrüne Werbepostkarten vom „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ geschickt, auf denen ein Uniform-Namensstreifen mit unserem Hausnamen prangt, als wäre sie oder ein anderes Familienmitglied dort bereits tätig. Sie unverschämterweise mit ihrem Vornamen anredend, heißt es auf der Rückseite: „Hallo, dein Weg in die Zukunft beginnt hier! Bei uns findest du mehr als 1.000 Berufe – mit oder ohne Uniform. Wir bieten Teamgeist, Qualifizierung und Perspektiven für deine Karriere. Lust auf mehr?“ Damit wendet man sich gezielt an Jugendliche, die vermeintlich „keinen Plan, aber Möglichkeiten“ (Postkartentext) haben, und fordert sie mit Blick auf die Bundeswehr auf: „Mach, was wirklich zählt.“ Als wäre ausgerechnet der Soldatenberuf das einzig Sinnvolle in einer Gesellschaft, die viel dringender Erzieherinnen sowie Lehr- und Pflegekräfte braucht! Soll meine Tochter etwa vorzeitig das Gymnasium verlassen, um den Umgang mit Drohnen zu lernen, was jetzt für alle Bundeswehrangehörigen verpflichtend wird? Glücklicherweise haben ihre Eltern genug Geld, um ihr den immer teurer werdenden Führerschein, der in skandalöser Weise als Lockmittel für junge Leute eingesetzt wird, bezahlen zu können.

„Nachrüstung“, Atomkriegsgefahr und Friedensbewegung

Um bei dem Politikwissenschaftler, Hochschullehrer und späteren SPD-Landesvorsitzenden Detlev Albers zu promovieren, zog ich gegen Ende der 1970er-Jahre nach Bremen, wo ich am 6. Mai 1980 auch zum ersten Mal an einer Friedensdemonstration teilnahm. Damals fand ein großangelegtes Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion statt, mit dem die Bundeswehr stärker im öffentlichen Raum verankert werden sollte. Aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen von wenigen Linksautonomen mit den Ordnungskräften ging es anschließend in den Massenmedien und den Parlamenten nicht mehr um die Protestinhalte von 10.000 friedlich Demonstrierenden, sondern nur noch um die verletzten Polizisten und deren beschädigte oder zerstörte Dienstfahrzeuge.

Heute wird bei uns nach angelsächsischem Vorbild ein Veteranentag eingeführt und die Gesellschaft auf der Grundlage des teilweise geheimen „Operationsplans Deutschland“ der Bundeswehr weiter militarisiert – Boris Pistorius würde sagen: „kriegstüchtig gemacht“ –, ohne dass sich hiergegen massiver Widerstand regt. Bedenken sollte man vor diesem Hintergrund, dass Deutschland bisher immer, kaum dass es kriegstüchtig war, einen Weltkrieg auslöste. Hinterher könnten die Bürger „Schlafwandler“ genannt werden, falls dies überhaupt noch möglich wäre.

Je näher die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen (Pershing II) und Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in der Bundesrepublik zu Beginn der 1980er-Jahre rückte, umso mehr wuchs die Friedensbewegung. Zusammen mit Hunderttausenden demonstrierte ich zweimal auf der Bonner Hofgartenwiese gegen die „Nachrüstung“ und blockierte an der Seite des damaligen Stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten Olaf Scholz US-amerikanische Kasernen in der Bundesrepublik.

Scholz schrieb gemeinsam mit zwei anderen Funktionären der sozialdemokratischen Jugendorganisation in einem Beitrag für einen von mir mitherausgegebenen Sammelband zur Neuausrichtung der Friedensbewegung nach dem heftig umstrittenen Stationierungsbeschluss des Bundestages vom 22. November 1983: „Für die Jungsozialisten war und ist der US-Imperialismus die Hauptgefahr für den Weltfrieden.“ In dem Buch „Sozialdemokratie, Krieg und Frieden“ dokumentierte ich damals die Warnung eines anderen späteren Bundeskanzlers. Helmut Schmidt hatte in seinem 1961 erschienenen Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ mit einer geradezu klassischen Formulierung dargelegt, was auch die jüngste US-Aufrüstungsinitiative für Deutschland so extrem gefährlich macht: „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht.“ Militärtechnisch betrachtet sind Raketen tatsächlich Magneten, die Gegenreaktionen herausfordern und die Kriegsgefahr nicht bloß aufgrund geringer Vorwarnzeiten drastisch erhöhen.

Von der Abschreckungsideologie zur Erstschlagsstrategie?

Wer sich als Mitglied der Friedensbewegung damals gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Deutschland engagiert hat, empfindet heute ein Déjà-vu. Man fühlt sich wie in einem über 40 Jahre alten Film: Obwohl es schon längst keine Sowjetunion, keinen Warschauer Pakt und keinen Staatssozialismus in Osteuropa mehr gibt, feiern die Blocklogik des Kalten Krieges – wir, die Guten im Westen, gegen die Bösen im Osten – und die intellektuell eher schlichte Abschreckungsideologie derzeit fröhliche Urständ. Erneut stehen sich zwei hochgerüstete Mächtegruppierungen gegenüber, die offenbar nach militärischer Überlegenheit streben und ihren zum Todfeind erklärten Antipoden am liebsten vernichten würden. Deutschland befindet sich dabei einmal mehr als mögliches Aufmarschgebiet der NATO-Truppen im Mittelpunkt und spielt in der geopolitischen Auseinandersetzung wieder eine Schlüsselrolle.

Das erklärte Hauptziel der CDU/CSU/SPD-Koalition unter Friedrich Merz und Lars Klingbeil besteht darin, den „Wirtschaftsstandort D“ und das Militär zu stärken. Was die Standortlogik für neoliberale Ökonomen, Finanzmarktakteure und Wirtschaftslobbyisten, ist die Abschreckungslogik für Militärs, Sicherheitspolitiker

und Rüstungslobbyisten. In beiden Fällen versucht man, sich (ökonomische bzw. Sicherheits-)Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen. Es handelt sich jeweils um ein Ideologem, das ihre Propagandisten befähigt, lukrative Sonderinteressen unter Rückgriff auf Alltagserfahrungen der Bevölkerungsmehrheit für allgemein-gültig zu erklären.

Fast jeder hat es als Kind schon mal erlebt: Ist man selbst etwa mit einem Stock oder einem Messer bewaffnet, schreckt selbst der gewalttätigste Nachbarsjunge vor einem Angriff zurück. Beschafft er sich einen größeren Stock, hole ich mir einen zweiten. Tut er das auch, nehme ich einen dritten Stock zur Hand. Und so weiter und so fort ... Würde die Verteidigungspolitik sämtlicher Staaten dieser primitiven „Sicherheitsphilosophie“ à la Pistorius folgen, versänke die Menschheit in einem permanenten Wettrüsten globalen Ausmaßes. Dabei schadet nichts der Umwelt, der Natur und dem Klima mehr als das Militär – durch seinen immensen Land-, Ressourcen- und Energieverbrauch auch schon in Friedenszeiten, von Manöver- und Personenschäden ganz zu schweigen.

Trotzdem vereinbarte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz am Rande eines NATO-Gipfels im Juli 2024 mit Vertretern der US-Administration, dass die Vereinigten Staaten, beginnend im Jahr 2026, weitreichende Waffensysteme ihrer „Multi-Domain Task Force“ in Deutschland (West) stationieren können. Das erfuhr die deutsche Öffentlichkeit eher beiläufig aus einer bilateralen Kurzmitteilung. Auch eine öffentliche Debatte darüber und einen Parlamentsbeschluss dazu sah die Ampelkoalition nicht vor. Beim sog. NATO-Doppelbeschluss, der die Ankündigung einer atomaren „Nachrüstung“ des Westens immerhin mit einer radikalen Abrüstungsforderung gegenüber der UdSSR verband, gab es am 12. Dezember 1979 wenigstens noch den offiziellen Beschluss einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister des Bündnisses.

Zulauf erhielt die Friedensbewegung seinerzeit, als bekannt wurde, dass es vor der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles im Umfeld der US-Administration den Wunsch einer militärischen „Enthauptung“ der UdSSR und die Wahnvorstellung gab, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abschlagen“ zu können. Heute begründet man die Aufstellung „abstandsfähiger Präzisionswaffen“, die zum Teil auch nuklear bestückt werden könnten, mit der Notwendigkeit einer Abschreckung Russlands. Plausibel ist dies nicht, denn anders als zu Beginn der 1980er-Jahre werden sie ausschließlich in Deutschland stationiert. Zu dem angegebenen Zweck würde man sie vernünftigerweise auf unterschiedliche europäische Staaten verteilen, um dem Feind einen Gegenschlag dadurch zu erschweren, dass er gleich mehrere NATO-Mitglieder angreifen müsste.

Viel spricht ohnehin dafür, dass es sich bei den Tomahawk-Marschflugkörpern, SM-6-Raketen und Hypergleitern um Erstschlagswaffen handelt, weil sie aufgrund ihrer Schnelligkeit und Zielgenauigkeit fähig sind,

russische Radarstationen, Kommandozentralen und Raketensilos zu zerstören. Dies ergibt nur einen Sinn, wenn man selbst angreift und dem Feind im Osten zuvorkommt. Unterstehen werden die Mittelstreckenraketen zunächst einem US-Präsidenten, der als erratisch und völlig unberechenbar gilt, schon Militär gegen Landsleute in amerikanischen Großstädten und völkerrechtswidrig gegen den Iran eingesetzt hat, vielleicht jedoch auch andere „Drecksarbeiten“ erledigen würde, wenn er die waffentechnischen Mittel dazu hat.

Friedrich Merz, der in seinem Amtseid als Bundeskanzler geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, muss zur Revision der Entscheidung seines Vorgängers gedrängt werden. Wenigstens wusste Scholz noch nicht, dass Trump erneut gewählt wurde. Merz wurde nach den ersten hundert Regierungstagen für seine außenpolitische Omnipräsenz gelobt. Statt eines früheren BlackRock-Managers, der Trumps Monologen im Oval Office brav wie ein Musterschüler lauschte und meist andächtig schwieg, hätte man sich allerdings einen mutigen Bundeskanzler gewünscht, der den US-Präsidenten gefragt hätte, wieso die Wirtschaftskraft eines Landes ein sinnvoller Indikator für seine militärische Bedrohungslage sein soll.

Es sind wahrlich makabre Zeiten, in denen wir leben: Da verlieh Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 4. April 2025 einen „Sonderpreis des Internationalen Preises des Westfälischen Friedens“ an die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer, hielt aus diesem Anlass aber eine Grundsatzrede, in der er für deutsche Streitkräfte in einer militärischen „Allianz der Willigen“ neben der EU und der NATO, höhere Rüstungsausgaben und eine Rückkehr zur Wehrpflicht warb. Ein knappes Jahr zuvor, am 28. Mai 2024, war dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron dieser Friedenspreis verliehen worden, kurz nachdem er den Einsatz von Bodentruppen der NATO im Ukrainekrieg angeregt hatte. Und weil Olaf Scholz der Stationierung von US-amerikanischen Erstschlagswaffen zugestimmt hatte, titelte die größte deutsche Tageszeitung am 27./28. Juli 2024 „Raketen für den Frieden“, ohne es ironisch zu meinen.

Wenn der Verteidigungsminister einen „personellen Aufwuchs“ der Bundeswehr und neue Rüstungsprojekte ankündigt, wird ihm selbst von den öffentlich-rechtlichen Medien gebetsmühlenartig die Frage gestellt: „Reicht das wirklich aus, Herr Pistorius?“ Stattdessen müssten die Journalist(inn)en fragen: „Glauben Sie wirklich, Herr Pistorius dass eine Armee, die in dreieinhalb Jahren nicht mal den an ihrer Grenze gelegenen Donbass einnehmen kann, eine Gefahr für das ‚stärkste Militärbündnis der Weltgeschichte‘ (NATO-Eigen-darstellung) ist?“ Kritiker/innen der Bedrohungshysterie und des Rüstungswahns kommen mittlerweile aber gar nicht mehr zu Wort. Was macht das am Ende mit diesem Land? Bekanntlich ist Angst – auch die vor Putin, Russland oder seiner Soldateska – kein guter Ratgeber.

Der militärpolitischen folgt eine sozialpolitische Zeitenwende

Fast zwangsläufig folgte der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende, von Olaf Scholz zu Beginn des Ukrainekrieges ohne Rücksprache mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich ausgerufen, eine sozialpolitische Zeitenwende auf dem Fuß. Deren erstes Opfer war die Kindergrundsicherung, das familien- und sozialpolitische Prestigeprojekt der Ampelkoalition schlechthin. Von der FDP und ihrem Finanzminister Christian Lindner bereits auf Bonsai-Format geschrumpft, waren am Schluss nicht einmal mehr 2,4 Milliarden Euro jährlich dafür übrig, obwohl für rund 8 Milliarden Euro Waffen in die Ukraine geliefert wurden.

Auf den Weg gebracht wird das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik, zunächst gar nicht aus dem Staatshaushalt, sondern ohne Grenzen auf Pump finanziert. Aktuell besteht sogar die Gefahr, dass der kriselnde Finanzmarktkapitalismus auf ein Konjunkturprogramm nach Art des Rüstungskeynesianismus setzt und auch in Deutschland ein militärisch-industrieller Komplex entsteht, vor dessen politischer Macht US-Präsident Dwight D. Eisenhower am 17. Januar 1961 in seiner Abschiedsrede warnte.

Weil die neuen Verschuldungsmöglichkeiten bloß für zusätzliche, über den Status quo hinausreichende Maßnahmen und nicht für konsumtive Zwecke genutzt werden dürfen, Substitutionseffekte gegenüber den normalen Staatsfinanzen also weitgehend ausgeschlossen sind, bleibt der Druck auf die öffentlichen Haushalte bestehen. Auch müssen die Zins- und Tilgungslasten der kreditfinanzierten Hochrüstung wie auch des Sondervermögens für die Infrastruktur im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden. Daher lautet die hinsichtlich der künftigen Gesellschaftsentwicklung zu treffende Richtungsentscheidung trotz des Blankoschecks, den sich CDU, CSU und SPD per Grundgesetzänderung zugunsten des Militärs und der Geheimdienste haben ausstellen lassen: Rüstungs- oder Sozialstaat?

Die schwarz-rote Koalition vollzieht jenen sozialen Klimawandel hin zu größerer Eiseskälte und weniger Solidarität nach, der sich bereits länger abgezeichnet hat. Den Armen gehe es zu gut, heißt es, Geflüchtete und Menschen im Bürgergeldbezug lebten in Saus und Braus; Reiche müssten hingegen stärker unterstützt werden, sei es durch Steuersenkungen oder staatliche Direktsubventionen. Während die Angriffe Russlands auf NATO-Mitglieder ein bloßes Hirngespinnst und ein Schreckgespenst sind, mit dem Rüstungslobbyisten ihr Interesse an hohen Profiten und Renditen der (Groß-)Aktionäre durchsetzen, sind die Angriffe führender Unionspolitiker auf den Sozialstaat real.

Dieser steht momentan unter einem politischen Dauerbeschuss von CDU/CSU-Politikern, die ihn durch ständige Angriffe sturmreif schießen wollen. Anscheinend soll sich im Alltagsbewusstsein der Eindruck verfestigen, dass der Staat nicht die Probleme der (einheimischen) Bevölkerung löst, sondern selbst das Problem ist. Er wird als Selbstbedienungsladen der Leistungsbezieher dargestellt, der zum Klotz am Bein der Leistungsträger verkümmert ist. Deshalb bekämpft man die Armen und nicht die Armut, wie es nötig wäre, wenn Lebensmitteltafeln, Schuldnerberatungsstellen und Pfandleihhäuser gleichermaßen Hochbetrieb haben.

Notwendig wäre daher ein Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der wachsenden Alters-, Familien- und Kinderarmut, zur Belebung des öffentlichen Wohnungsbaus (zwecks Verringerung der Wohnungsnot und Beendigung der Mietenexplosion), zur Beendigung des Pflegenotstandes sowie zur Verbesserung der sozialen, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur.

Es geht auch anders: Perspektiven für Rüstungskontrolle, Abrüstungsverhandlungen und Rüstungskonversion

Nach dem Fall der Berliner Mauer, der Vereinigung von BRD und DDR am 3. Oktober 1990 sowie dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Zerfall des Warschauer Pakts arbeitete ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Statt wie damals im Unterweserraum als einem regionalen Zentrum der Rüstungsindustrie „Schwerter zu Pflugscharen“ umzuschmieden, also zivile statt Rüstungsproduktion zu betreiben, bevorzugt man gegenwärtig eher Rekonversion: Wo früher Straßenbahnen, Züge oder Personenkraftwagen hergestellt wurden, sollen es künftig Militärfahrzeuge sein, die von den Fließbändern und aus den Fabriken rollen.

Laut Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr, untergräbt „Putins Krieg gegen den Westen“, der schon begonnen habe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für dessen Schwinden ursächlich sind demnach nicht etwa gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen, ökonomische Strukturdefekte, Krisen oder falsche Entscheidungen der Regierung des eigenen Landes, sondern ein äußerer Feind, gegen den sich eine Gesellschaft normalerweise – siehe das Beispiel der Ukraine – gerade zusammenschließt.

Wer – wie ich – die Hauptursache von ökonomischen Krisen, ökologischen Katastrophen, sozialen Konflikten, aber auch von Kriegen und Bürgerkriegen in der wachsenden sozioökonomischen Ungleichheit sieht, muss das von Boris Pistorius ständig vorgetragene Abschreckungsmantra „Si vis pacem para bellum“ (Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor!) hinter sich lassen. Helmut Schmidt bezeichnete dieses lateinische Diktum am 22. März 1958 im Bundestag übrigens als „satanische Weisheit des klassischen Imperialismus“, von der sich die Union bei den damaligen Plänen zur Atombewaffnung der Bundeswehr leiten lasse. Wenn

es nach dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn ginge, würde dieser verrückte Traum von Franz Josef Strauß „wegen Putin und Trumps Abwendung von Europa“ demnächst vielleicht Wirklichkeit.

Ersetzt werden muss das Abschreckungsparadigma durch eine Maxime, die auf dem Grundstein des Ursprungsgebäudes der kurz nach Beendigung des Ersten Weltkrieges gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingraviert wurde: „Si vis pacem cole iustitiam“ (Wenn du Frieden willst, Sorge für Gerechtigkeit!) Nur wenn das Kardinalproblem – die wachsende soziale Ungleichheit innerhalb der einzelnen Gesellschaften wie zwischen den Ländern –, gelöst und die globale Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen wird, kann die Menschheit überleben, ohne es zu einem Krieg zwischen Atommächten kommt.

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr wäre ein Wiederaufleben der Friedensbewegung nach dem Vorbild des Massenprotests gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nötig. Zunächst gab es seinerzeit ebenfalls das Gefühl der Aussichtslosigkeit, die Angst vor einem Dritten Weltkrieg lähmte viele Menschen und sie fürchteten zwar nicht, als „Putin-Freunde“ zu gelten, wurden jedoch als „Moskaus fünfte Kolonne“ beschimpft und bekamen immer wieder zu hören: „Geht doch nach drüben.“ Erst nachdem sich Kirchen, Gewerkschaften sowie zahllose Akteure der Zivilgesellschaft mit überzeugenden Argumenten in die westdeutsche „Nachrüstungsdebatte“ eingeschaltet hatten, gewann die Friedensbewegung der Bundesrepublik an Schwung.

Auch in der DDR dauerte es längere Zeit, bis die neue Qualität des atomaren Wettrüstens erkannt und zum Ausgangspunkt für ein buntes Spektrum an Initiativen gemacht wurde. Daher ist Defätismus heute fehl am Platz und ein Zeitfenster existent, das genutzt werden sollte, um die breite Öffentlichkeit zu informieren und die Menschen gegen Kriegsszenarien aller Art zu mobilisieren. Das gigantische Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung muss energisch bekämpft, die demokratische Frage mit der sozialen und diese mit der Friedensfrage verknüpft werden.

Sicherheit ist angesichts der Fortschritte im Hinblick auf die Militärtechnologie heute bloß noch gemeinsam zu haben, wie schon Egon Bahr und Willy Brandt erkannten. Es geht also längst nicht mehr um „Kriegstüchtigkeit“, sondern um Friedensfähigkeit in einem kollektiven Sicherheitssystem, das die NATO und ihre Führungsmacht nach Beendigung des Kalten Krieges aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit problemlos hätten schaffen können.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge war in den 1980er-Jahren einer der Sprecher des Bremer Friedensforums und in den frühen 1990er-Jahren wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Er hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln ge-

lehrt und zuletzt die Bücher „Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung“ sowie „Umverteilung des Reichtums“ veröffentlicht.